

# Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint wochentlich 16 Uhr. Bezugspreis monatlich 2 RM frei Haus, bei Vorbestellung 1,50 RM. Anzahl Bezugsstellen Einzelnummer 10 RM. Alle Postanfragen, Postbestellungen, Anzeigen, Abrechnungen, Änderungen, Zuschriften, Briefe, Telegramme, Fernschreiber, etc. sind zu richten an die Redaktion. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Anzeigen übernehmend. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Anzeigen übernehmend. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Anzeigen übernehmend.



Verlagsdruckerei: Wilsdruff, Dresden. Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206. Druck: Wilsdruff, Dresden. Vertrieb: Wilsdruff, Dresden.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Wilsdruff bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Wilsdruff, des Finanzamts Rosten sowie des Forstrentamts Tharandt.

Nr. 267 — 98. Jahrgang. Drahtanschrift: „Tageblatt“. Wilsdruff-Dresden. Postfach: Dresden 2640. Mittwoch, den 15. November 1939.

## Haushalten!

Wo der Feldgrau drüben an der Front sein Leben einsetzt, um sein Vaterland zu verteidigen, da hat der Zivilist in der Heimat die Pflicht, jedes Opfer zu bringen, um den deutschen Lebenskampf bis zum siegreichen Ende durchzuführen. Niemand, der in der Heimat bleiben darf, hat ein Recht, zu klagen, wenn er sich einschränken muß oder liebe Gewohnheiten aufgeben muß. In Kriegszeiten steht das Opfer vornan. Opfern heißt einbehalten können, denn Kriegszeit ist außerordentliche Zeiten und verlangen daher eine andere Lebensstellung und andere Lebensgewohnheiten. Komme niemand und erkläre, staatliche Maßnahmen haben da eine Grenze, wo sein Privatleben beginnt. Es gibt keine Privatangelegenheiten im Krieg, denn jeder einzelne ist nur ein Stück der Gesamtheit, und jeder einzelne hat sich den Geboten unterzuordnen, die zum Besten der Allgemeinheit gegeben werden. Und was heißt denn Opfern in der Heimat? Wie gering, ja geradezu beschämend ist das kleine Opfer, das wir bringen, wenn wir uns mit unseren Lebensmitteln beschränken müssen. Wie gering ist überhaupt jedes Opfer, das wir bringen, wenn wir etwas aufgeben von dem, was wir in normalen Zeiten beanspruchen zu müssen glaubten. Alles das sind ja gar keine Opfer, schon gar nicht, wenn man sie vergleicht mit den Entbehrungen, die unsere Feldgrauen drüben zu ertragen haben. Und wenn einer dabei unzufrieden sein zu müssen glaubt, dann soll er sich immer das Bild des Feldgrauen vor Augen halten, der draußen im Graben liegt, im Regen und Sturm, in Schlamm und Dreck, und vor sich den Feind. Sein Einsatz ist Opfer.

Dies alles sei vorausgeschickt, ehe wir uns mit den Kleiderfragen befassen, die nun an die Bevölkerung zur Ausgabe kommen und durch die das bisherige Bezugseinkommen — wenigstens zum größten Teil — abgelöst wird. Oberster Grundsatz der Kleiderfragen ist wie bei dem ganzen Kartensystem: gerechte Verteilung. Es gilt, die Versorgung des ganzen Volkes mit Textilwaren zu sichern und jeden gleichmäßig zu beliefern. Es ist ja kein Geheimnis, das wir verraten, wenn wir mitteilen, daß Textilwaren bei uns nicht im Überfluß vorhanden sind. Es darf auch jeder richtig wissen, daß im Jahre 1933 z. B. etwa die Versorgung mit Textilrohstoffen zu 95 v. H. auf ausländischer Grundlage beruhte. Wenn auch seitdem die Erzeugung von Kunstseide, von Flach und Zellwolle ganz erheblich gesteigert wurde und dadurch eine Basis geschaffen werden konnte, die die Versorgung der Zivilbevölkerung in gewissem Rahmen ermöglicht, so heißt das doch noch lange nicht, daß wir mit den wertvollen Rohstoffen verschwenderisch umgehen können. Baumwolle, Wolle, Zute und Eisal wurden vor Ausbruch des Krieges aus dem Ausland bezogen, während des Krieges sind neue Einfuhren dieser Textilrohstoffe nicht oder wenigstens kaum möglich. Deshalb ist Deutschland in Naturpinnstoffen heute im wesentlichen auf die bei Kriegsausbruch vorhandenen Bestände angewiesen.

Von vornherein heißt es für alle: haushalten mit Textilien. Und wenn einer bedroht werden muß, so ist es in Kriegszeiten immer und immer wieder die Bedrohlichkeit, deren Bedarf natürlich erheblich gesteigert ist. Dann gilt es, weiter den technischen Bedarf zu decken, auf den zahllose Industriezweige angewiesen sind, und weiter heißt es, den Zuschußbedarf für Krankenhäuser, Verbandmittel u. dgl. und für Lazarette sicherzustellen. Schließlich muß auch der Bedarf für die Aufrechterhaltung der Ausfuhr voll befriedigt werden.

Erst wenn alle diese Gebiete der Textilversorgung bedacht sind, dann erst kommt, ganz in letzter Linie, der Zivilist. Er hat die Pflicht, jede von ihm verlangte Einschränkung widerspruchslos hinzunehmen, denn er wird nicht ernstlich verlangen wollen, daß seinetwegen der Soldat im Felde, der Verwundete oder der Bergmann Not leidet. Wir haben im Weltkrieg bittere Erfahrungen gesammelt, und es gilt, durch sinnvolle Maßnahmen die Katastrophe zu vermeiden, die wir 1918 auf dem Wirtschaftsgebiete erlebten.

Das Kartensystem und nicht zuletzt die Kleiderfrage stellt die Einsicht jedes einzelnen in Rechnung. Wer Einsicht hat, Disziplin wahr und die Vernunft sprechen läßt, der wird sich leicht den Mühen unterziehen und die Entbehrungen auf sich nehmen, die ihm in Kriegszeiten zugemutet werden müssen. Vor allem an die Frauen ergeht der Appell, Vernunft zu zeigen. Jetzt heißt es, vernünftig wirtschaften! Jede jeder seinen Kleiderbedarf gewissenhaft durch, denn es kommt darauf an, daß man genau überlegt, was man kauft, um keine Punkte unnützlich zu vergeuden. Weiter heißt es, sorgsam mit seiner Kleidung umgehen, und schließlich — und das ist die Hauptsache — heißt es, die Grundhaltung zu der Bekleidungsfrage völlig ändern. Bestimmte Gewohnheiten des Friedens haben im Krieg keine Gültigkeit. Nicht der Mann und die Frau und das Kind werden sich besonderer Achtung erfreuen, die stets in neuer Schale erscheinen, sondern der darf von sich sagen, daß er seine Pflicht erfüllt, der auskommt mit dem, was ihm zugeteilt ist.

Auch das Kriegs-WGW ist eine Schlacht, die siegreich geschlagen werden muß.

## England möchte die Blockade ausdehnen

Der „Deutsche Dienst“ schreibt: Das Londoner Wirtschaftsblatt „Financial News“ hat in den letzten Tagen wieder mehrfach die Forderung erhoben, die enalische Blockade auch auf die deutschen Ausfuhr auf neutralen Schiffen auszudehnen. Die Zeitung kann aber ihr unsicheres Rechtsgefühl bei dieser Forderung doch nicht ganz verbergen und schreibt daher selbst, daß sich eine derartige Blockadeerweiterung nur schwer durchsetzen lassen würde, wenn sie nicht als legal gerechtfertigt werden könnte. Diejenigen, die diese Ansicht nicht teilen, vertreten die Auffassung, daß auf Grund der allgemein anerkannten Grundsätze des internationalen Rechts nur die deutsche Einfuhr blockiert werden könne.

Gegen diese sehr zutreffende Auffassung der Rechtslage wendet der Londoner Trade-Korrespondent des Blattes ein, daß das Recht einer Repressalie einen integrierenden Teil des internationalen Rechts bilde und alle anderen Erwägungen ausschalte. Solange Deutschland in seiner U-Boot-Kriegsführung nicht aufhört, aus- oder einzufahren britischen oder neutralen Schiffen unter der Flagge, habe England das Recht, dagegen in Form einer Repressalie vorzugehen und seinen Unterschied zwischen aus- und einzufahren deutschen Schiffsladungen zu machen.

Zu dieser Darstellung der „Financial News“ ist vor allem zu bemerken, daß die aus Deutschland in neutrale Länder zur Ausfuhr gelangenden Güter mit dem Verlassen des deutschen Reichsgebietes bereits in das Eigentum des neutralen Käufers übergegangen sind und von diesem aus neutralen Ländern und auf neutralen Schiffen nach dem neutralen Bestimmungsort zum Verkauf gebracht werden. Eine Verweisung der in der „Financial News“ erhobenen Forderung trifft somit also ausschließlich um in erster Linie die neutralen Staaten, denen England offenbar mit dieser weiteren Erziehung ihres Handelsverkehrs ihre eigene Ein- und Ausfuhr vollends unterbinden will. Man wird deshalb in London bei den Beratungen über diese Pläne auch in Rechnung stellen müssen, ob sich die neutralen Länder, die für ihre Volkswirtschaft und die Aufrechterhaltung ihrer wirtschaftlichen Existenz deutsche Waren benötigen, damit abfinden werden, daß legales Eigentum ihrer Bürger willkürlich britischen Zugriff ausgesetzt wird.

Man sollte sich in England auch weiterhin überlegen, daß es sich bei einer derartigen Ausfuhr aus Deutschland in seiner Hinsicht um Kontenhandlung handelt, da die in neutrales Eigentum übergegangenen Waren weder direkt noch indirekt zu einer militärischen Stärkung Deutschlands beitragen könnten. Und wenn schon bestimmte englische Kreise nach Angabe der „Financial News“ der Ansicht sind, daß nur die deutsche Einfuhr rechtlich blockiert werden könne, dann muß dies doch hinreichend deutlich werden, daß nach den internationalen Rechtsnormen sogar nur gewisse Teile der deutschen Einfuhr blockiert werden könnten, nämlich die unter den Begriff der reinen Kriegsförderung fallende Wareneinfuhr. Obwohl die Verletzung des unbedingten und bedingten Bannquittes im internationalen Recht feststeht und von einer weitüberwiegenen Mehrheit der Staaten anerkannt ist, wie etwa von den ganzen amerikanischen Ländern auf der Konferenz von Panama, hält sich bekanntlich England doch nicht an diese Normen, sondern versucht die gesamte deutsche Einfuhr, auch die von Lebensmittel und Kleidung für die Zivilbevölkerung zu unterbinden. Allein aus diesem Grunde ist es schon völlig abwegig, daß ausgerechnet England das Recht zu Repressalien in Anspruch

nehmen will. Ein solches Recht zur brutalen Willkür gibt es nur in der britischen Rechtspraxis seit Jahrhunderten, nicht aber im allgemein anerkannten Völkerrecht. Es ist auch abstrakt unfaßbar, der deutschen U-Boot-Kriegsführung vorzuziehen, daß sie keinen Unterschied zwischen auszufahren und heimkehrenden britischen Schiffen mache, denn man hat bis jetzt noch niemals gehört, daß die britische Kriegsmarine für deutsche Schiffe einen derartigen Unterschied macht. England weiß doch selbst ganz genau, daß alle Transport- und Verlehrsmitel zum unbedingten Bannquitt gehören und daß es für die präventive Einziehung eines feindlichen Handelsschiffes belanglos ist, ob es Bannquitt an Bord hat oder nicht. Die Behauptung, daß die deutschen U-Boote auch bei den neutralen Schiffen keinen Unterschied machen, ist eine britische Propagandaheute. Die aus England nach neutralen Ländern fahrenden neutralen Schiffe sind bis jetzt von den deutschen See- und Luftstreitkräften unbedenklich geblieben. Dies schließt allerdings nicht die Möglichkeit aus, daß Deutschland seinerseits die britische Ausfuhr auf neutralen Schiffen, z. B. die Rohtransporte nach Skandinavien, unterbindet, falls England eine Rückficht auf das Völkerrecht keine Absichten in bezug auf eine Verbindung der deutschen Ausfuhr auf neutralen Schiffen verteidigen sollte.

## Italienischer Rüssel für Churchill

Die englische Lüge von der „Zusammenarbeit im Mittelmeer“ Der ehrenwerte Erste Seelord der britischen Admiralität und englische Vizegouverneur, Winston Churchill, hatte in seiner Rundfunkansprache, die er kürzlich an das Volk richtete, unter anderem Lügen auch die Behauptung aufgestellt, daß sich das Zusammengehen Italiens mit Frankreich und England im Mittelmeer immer fruchtbarer gehalten werde. Mr. Churchill muß es sich nun gefallen lassen, daß er von italienischer Seite wegen dieser dreifachen Unterstellung gebührend gerügt wird.

Das halbamtliche „Giornale d'Italia“ hebt hervor, daß diese Behauptungen Churchills im Lichte der Ereignisse der ferneren und jüngsten Vergangenheit wie der Gegenwart nicht den Tatsachen entsprechen. Man brauche, ohne irgendwelche polemisieren zu wollen, nur an all das zu denken, was 1919 im Mittelmeer geschehen sei, so an die Sanktionen und an die Politik der Entziehung, deren gegen Italien gerichtete Ziele von der englischen Presse selbst dargestellt worden seien. Noch heute spreche man beispielsweise in London von Gibraltar und Sues, den beiden Eingangsflüssen zum Mittelmeer, wo sich das gesamte nationale Leben Italiens abspiele, als Mittel zur Kontrolle und zur Beherrschung der Aktionsfreiheit und der Lebensmöglichkeiten Italiens.

„Alles, was heute im Mittelmeer geschieht“, so fährt das Blatt fort, „habe den Zweck, Italien in eine untergeordnete und bedrohte Lage zu versetzen. Gegenüber diesen Tatsachen könnte man nicht von einem historischen Zusammengehen sprechen, denn dies setze vor allem eine Gleichheit der Positionen und der Rechte voraus.“

Es wäre also ratsam, so meint das halbamtliche italienische Blatt abschließend, daß die Westmächte die Streitfrage in so abenteuerliche Zonen der europäischen Politik unterziehen und sich zumindest vorläufig nicht um das Mittelmeerproblem und um die italienischen Interessen kümmern.

## Britischer Lügenfeldzug wehrt

Ein neuer Verleumdungsfeldzug der englischen Presse gegen Deutschland veranlaßt den Direktor des „Giornale d'Italia“ zu einer energischen Stellungnahme. Die große enalische Zeitschrift über einen angeblichen Angriff Deutschlands auf Holland, so schreibt dieser, sei in nichts anderes übrig, als der Alarm, den die demokratische Presse habe verbreiten wollen, was auch auf die Methode dieser Frage ein eigenartiges Licht werfe. Ansehensmerke die demokratische Presse gar nicht, daß der Kernkrieg, auf den die Westmächte größere Hoffnungen setzen als auf den der Kanonen, dem Gegner keinen Schaden zufüge, dagegen aber die eigene Bevölkerung zermürbe.

## Das Nein der Westmächte

Die italienische Presse zu der Antwort auf den belgisch-holländischen Vermittlungsvorschlag. Die englisch-französische Antwort auf das belgisch-holländische Vermittlungsangebot wird in Italien als kategorisches Nein beurteilt. Die italienische Presse sieht in der Antwort lediglich eine Formalität, hinter der verschiedene Kriegswille der Westmächte erkennbar sei.

Wie die Zeitung „Corriere della Sera“ hervorhebt, seien die beiden Antworten der Westmächte nur äußerlich voneinander abweichend, während sie von dem gleichen Willen und den gleichen Zielen beseelt seien. Wahrscheinlich habe die französische Note die Kriegsziele der Alliierten mit mehr Nachdruck und Genauigkeit betont, weil man der Anklage entgegenzutreten wollte, daß sich Frankreich im Schlepptau des britischen Imperiums befinde. Wie man in Rom in hohem Maße erkläre, sei die Tür noch ein wenig offengelassen worden, aber gerade nur so weit, daß sie den Eintritt einer deutschen Delegation ermöglichen würde, die mit weiser Habsicht zur Ueberbrückung der deutschen Unterwerfung erscheinen würde.

„Giornale d'Italia“ meint, die englische Antwortnote mache den Eindruck eines amtlichen Dokuments, das nur aus formalistischer Versteiftheit hervorgehe und durch einen offiziellen Akt nur eine bereits bekannte Tatsache bestätige. Mit anderen Worten bedeute dies, daß die edle Initiative der beiden neutralen Monarchen das gleiche Schicksal wie die Bemühungen anderer Regierungen vor der Kriegserklärung Englands und Frankreichs an Deutschland habe.



Zum Luftangriff auf die Schetlandinseln. Am 13. November unternahm, wie das Oberkommando der Wehrmacht bekanntigt, trotz ungünstiger Wetterlage ein deutscher Kampffliegerverband einen Angriffsflug gegen die Schetlandinseln (vgl. unsere Kartenliste). (Eißner-Wagenborg-Bl.)